



Presseschau vom 20.12.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer nationalistischer Gruppierungen haben am Abend den Beschuss von Spartak, des Gebiets um das Volvo-Zentrum und des Territoriums des ehemaligen Donezker Flughafens wieder aufgenommen. Dies teilte heute eine Quelle aus den bewaffneten Einrichtungen der DVR mit.

„Gegen 21:00 haben ukrainische Truppen das Feuer auf Spartak, den Flughafen und das Volvo-Zentrum“ eröffnet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur und erklärte, dass der Gegner von den Positionen in Peski und Opytnoje unter Anwendung von Granatwerfern des Kalibers 82mm, kleineren Granatwerfern und Schusswaffen schießt.

Vormittags:

Lug-info.com/rusvesna.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Um 23:50 am 19. Dezember wurden auf die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Weselogorowka aus Richtung Troizkoje durch die Kiewer Truppen 25 Granatgeschosse mit 120m-Granatwerfern abgeschossen. In den letzten 24 Stunden ist dies schon der zweite Granatbeschuss auf unsere Positionen bei Troizkoje“, sagte er.

Jaschtschenko sagte, dass „die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz sich nicht wesentlich geändert hat und als stabil angespannt bezeichnet werden kann“.

„Die rechtsradikale Organisation „Rechter Sektor“ übt weiterhin Druck auf die Regierung der Ukraine aus. Ihre Vertreter rufen offen in den ukrainischen Massenmedien zur Wiederaufnahme der Kämpfe auf dem Territorium des Donbass auf, zur Wiederherstellung der Kontrolle über die ukrainische Grenzen und zur militärischen Lösung des Konflikts“, teilte Jaschtschenko mit.

„Unsere Kräfte befinden sich in ständiger Bereitschaft zur Abwehr möglich Versuche der Destabilisierung der Lage durch die ukrainische Seite, unabhängig davon, wer sie unternehmen wird – nationalistische Formationen oder reguläre Einheiten und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte. Wir werden unsere Republik gegen eine mögliche Aggression verteidigen“, versicherte er.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/opolchenie_5.jpeg

De.sputniknews.com: Der italienische Premier Matteo Renzi ist für seine Erklärungen bekannt, die Grundlagen der EU-Außenpolitik in Frage stellen. Auf dem jüngsten EU-Gipfel am Freitag ist er auf „die nächste Ebene übergegangen“, indem der Politiker die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf schärfste kritisierte, wie die Zeitung Politico schreibt. Es sei zu dem Wortstreit zwischen den beiden Politikern unter anderem wegen dem Bau der Nord-Stream-Pipeline gekommen. Der italienische Premier habe die Bundeskanzlerin der politischen Doppelmoral beschuldigt. Vermittlungen zu „South Stream“ seien letztes Jahr wegen des Dritten Energiepakets der EU aufs Abstellgleis geschoben worden, doch dieses Jahr unterstütze Deutschland den Bau der „Nord-Stream-Pipeline“, obwohl die EU die gegen Moskau verhängten Sanktionen verlängere. Renzi zufolge beabsichtigt Merkel somit einen eigenen Vorteil daraus zu ziehen, indem sie deutsche Unternehmen zum Bau der Pipeline heranziehe.

Der Zeitung zufolge hat die Konfrontation zwischen Renzo und Merkel „dem langweiligen Verlauf des zweitägigen Gipfeltreffens Schärfe verliehen“ und dabei die Konfrontation zwischen dem italienischen Premier und EU-Beamten unterstrichen.

2014 hatte Russland einen Gerichtsprozess in der Welthandelsorganisation im Zusammenhang mit dem dritten Energiepaket der EU begonnen. Laut diesem Paket dürfen Unternehmen, die Gas gewinnen, nicht Eigentümer von sich in der Region befindenden Pipelines sein. Diese Bedingungen brachten große Hindernisse für den Bau der "South Stream" mit sich.

Im Dezember 2014 erklärte Russlands Präsident Putin, dass Moskau die Umsetzung des Projektes unter diesen Bedingungen nicht fortsetzen könne.

Dan-news.info/av-zakharchenko.su: Die DVR könnte den Bereich für ihre Kohlelieferungen

ausdehnen, erklärte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko heute auf seiner offiziellen Web-Seite:

Frage: Nach der Aufhebung der Blockade der Krim haben wir die Kohlelieferungen in die Ukraine wieder aufgenommen. Inwieweit ist das für uns notwendig?

Sachartschenko: Wir zahlen Renten, wir zahlen Arbeitsentgelt. Irgendwoher muss das Geld kommen. Und Kohle ist ein Mittel, um bestimmte Summen in den Haushalt zu bekommen, deshalb müssen wir mit Kohle handeln. Das sind Arbeitsplätze, das ist das Wohlergehen der Familien der Bergleute, das ist Produktion – die Bergwerke sollen arbeiten und fördern. Wenn wir Kohle in die Ukraine verkaufen können – warum nicht? Das wichtige ist, dass uns Geld für die Kohle gezahlt wird. Das ist das Grundlegende.

Das Kohle- und Energieministerium sucht neue, zusätzliche Absatzmärkte.

Natürlich. Wir müssen uns nicht auf einen Handelspartner festlegen – die Ukraine. Gerade nicht auf die Ukraine. Deshalb arbeiten wir an der Frage Europas und des Nahen Ostens.

De.sputniknews.com: Ein Problem Europas besteht darin, dass es keine selbständige Politik betreibt, wie Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Interview des TV-Senders Rossiya 1 sagte.

„Es hat darauf eigentlich überhaupt verzichtet und einen Teil seiner Souveränität, vielleicht einen der wichtigsten Teile, an den Block (die Nato – Anm. d. Red.) delegiert.“

„Dabei ist dieser Teil der Souveränität nicht einmal an die Nato, sondern an den Nato-Spitzenvertreter, die Vereinigten Staaten, delegiert worden“, so Putin weiter.

In diesem Zusammenhang verwies Putin darauf, dass seinerzeit Deutschland und Frankreich bzw. Kanzler Gerhard Schröder und Präsident Jacques Chirac von einer Teilnahme ihrer Länder an der Irak-Aktion Abstand genommen haben.

„Es stellte sich heraus, dass Chirac, der sehr enge und von Vertrauen geprägte Beziehungen mit dem sunnitischen Teil des Nahen Ostens hatte – übrigens als ein Mensch mit enzyklopädischem Wissen – damals schon vorausgesehen hatte, wozu das führt (...) Das hat zur Zerstörung des Staates und dazu geführt, dass der Terrorismus ausufert und Paris nun Schlägen ausgesetzt wird. Chirac hat damals daran gedacht — und er hatte Recht. Ebenso wie Schröder.“

„Wir erwarten von unseren Partnern in Europa nicht, dass sie ihre euroatlantische Orientierung aufgeben werden“, sagte Putin weiter. „Ich denke aber, dass es richtig wäre, wenn unsere Partner in Europa zumindest an der Konzipierung von Beschlüssen teilnehmen würden — und nicht bloß jedes Mal die Hand an den Mützenschirm heben, wenn Befehle aus Übersee kommen.“

„Mir scheint, dass die Interessen der europäischen Länder – und wenn ich falsch liege, mögen diese mich korrigieren, — darin bestehen, in Wirtschaft und Politik, im Anti-Terror-Kampf, bei der Bekämpfung ökologischer Probleme und des organisierten Verbrechens ihre Bemühungen zu vereinen“, so Putin.

Das Interview mit Putin ist Teil des neuen Dokumentarfilms „Weltordnung“ der Journalistin Saida Medwedewa. Die Doku wird am Sonntag, dem 20. Dezember, bei Rossiya 1 ausgestrahlt.

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer nationalistischer Gruppierungen haben heute Morgen den Beschuss von Spartak wieder aufgenommen, das in der Nähe des Flughafens von Donezk liegt“, teilten Einwohner mit.

„Der Beschuss begann ab 6:00 und hält bis jetzt an“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur. Nach ihren Worten wird aus Richtung des okkupierten Opytnoje geschossen.

Dan-news.info/av-zakharchenko.su: Die DVR könnte den Bereich für ihre Kohlelieferungen ausdehnen, erklärte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko heute auf seiner offiziellen Web-Seite:

Frage: Nach der Aufhebung der Blockade der Krim haben wir die Kohlelieferungen in die

Ukraine wieder aufgenommen. Inwieweit ist das für uns notwendig?

Sachartschenko: Wir zahlen Renten, wir zahlen Arbeitsentgelt. Irgendwo muss das Geld herkommen. Und Kohle ist ein Mittel, um bestimmte Summen in den Haushalt zu bekommen, deshalb müssen wir mit Kohle handeln. Das sind Arbeitsplätze, das ist das Wohlergehen der Familien der Bergleute, das ist Produktion – die Bergwerke sollen arbeiten und fördern. Wenn wir Kohle in die Ukraine verkaufen können – warum nicht? Das Wichtigste ist, dass uns Geld für die Kohle gezahlt wird. Das ist das Grundlegende. Das Kohle- und Energieministerium sucht neue, zusätzliche Absatzmärkte. Natürlich. Wir müssen uns nicht auf einen Handelspartner festlegen – die Ukraine. Gerade nicht auf die Ukraine. Deshalb arbeiten wir an der Frage Europas und des Nahen Ostens.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Laut dem russischen Präsidenten Waldimir Putin dürfen keine harten internationalen Entscheidungen in Bezug auf dieses oder jenes Land getroffen werden, wenn es keinen klaren Konsens zwischen den UN-Mitgliedsstaaten gibt.

Der Staatschef unterstrich, dass es derzeit die Uno mit ihrer Charta gebe, wo unter anderem die Bedingungen für die Anwendung von Gewalt in Bezug auf ein Land, das internationale Regeln bricht, vorgeschrieben seien.

„Dort ist jedoch auch festgelegt, dass dies (die Anwendung von Gewalt – d. Red.) nur mit der einheitlichen Zustimmung aller Mitglieder des UN-Sicherheitsrates möglich ist. Ordentliche Mitglieder des Sicherheitsrates verfügen dabei über ein Vetorecht. Das zeugt davon, dass keine harten Entscheidungen gegen ein beliebiges Land getroffen werden können, wenn es keinen absoluten Konsens, keine einheitliche Zustimmung in Bezug auf diese Frage gibt. Das ist die Schlüsselsache im gesamten System des Völkerrechts“, sagte Putin in einem Interview für den TV-Sender Rossiya-1....



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30662/19/306621924.jpg>

Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Der Gegner hat sieben Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Beschossen wurden die Gebiete der Ortschaften Sajzewo, Shabitschewo, Nowaja Marjeka, Spartak und das

Gebiet des Flughafens von Donezk“.

Die Kiewer Truppen verwendeten Granatwerfer, Panzertechnik und Schusswaffen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 34 Granatgeschosse der Kalibers 120 und 82 mm sowie mehr als zehn Schüsse mit Antipanzerwaffen abgegeben.

Die ukrainischen Truppen haben nach Informationen der Aufklärung der DVR Militärtechnik und Artilleriegeschütze an die Kontaktlinie in Richtung Donezk und Gorlowka gebracht.

„In den Gebieten der folgenden Ortschaften wurde festgestellt:

Bachmutskoje (2 km von der Kontaktlinie) die Ankunft von 5 Einheiten Panzertechnik und 150 Mann; Peski (3 km von der Kontaktlinie) die Konzentration von zehn Einheiten Panzertechnik, 4 Artilleriegeschützen, 200 Mann“, sagte Basurin.

„Gestern fand zwischen Soldaten des Bataillons „Ajdar“ und Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte ein Gefecht statt, es gibt Verletzte“, sagte der stellvertretende Kommandeur.

Nach seinen Worten wurde der Vorfall von Quellen auf dem okkupierten Territorium festgestellt und erfolgte auf dem Hintergrund des moralischen Zustands der ukrainischen Truppen, von Plünderungen und Verbrechen gegen die zivilen Einwohner von ihrer Seite.

„Die genannten Fakten bestätigen die Unfähigkeit der militärisch-politischen Führung der Ukraine die Aktivitäten ihrer Strafruppen zu kontrollieren“, fasste Basurin zusammen.

Das Kommando der Strafoperation Kiews im Donbass hat ein Stabsquartier für Diversionsaktivitäten geschaffen, erklärte Eduard Basurin weiter.

„Das Kommando der „ATO“ koordiniert die Konzentration von Kräften und Mitteln entlang der gesamten Kontaktlinie, besondere Aufmerksamkeit wird der Durchführung von Diversionsaktivitäten in Bezug auf die militärisch-politische Führung, soziale Objekte und die Zivilbevölkerung auf dem Territorium der Republik gewidmet“, sagt der stellvertretende Kommandeur.

Nach seinen Worten haben Rettungskräfte der DVR von Diversanten gelegte Sprengkörper auf Transportwegen, in den Stationierungsgebieten von Abteilungen der Milizen und in Ortschaften der Republik unschädlich gemacht.

„Für den Bau von Sprengkörpern werden von Diversionsgruppen und Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte Artilleriegeschosse, gefüllte Schrapnelle verwendet, die von der Genfer Konvention von 2008 verboten sind“, sagte Basurin.

Er erklärte, dass die Informationen über die Verwendung von verbotener Munition durch die ukrainische Seite der OSZE-Mission übergeben werden und auch bei den Verhandlungen zur friedlichen Regelung in Minsk eingebracht werden, die für den 22. Dezember geplant sind.

Rusvesna.su: Kinder gefallener Volksmilizionäre, Waisen und Kinder, die an der Frontlinie wohnen, werden am Sonntag nach Moskau in die Neujahrsferien reisen, sagte die Ministerin für Bildung und Wissenschaft der DVR Larisa Polyakova.

"Heute schicken wir 90 Kinder aus der DVR nach Moskau, 30 von ihnen sind Kinder von gefallenen Kämpfern der Milizen, 30 - aus schwierigen Verhältnissen, die in den Grenzgebieten leben, der Rest sind Waisen.

Dies ist unsere erste Reise, die auf Initiative der Russischen Föderation und der Regierung von Moskau organisiert wurde. Die Kinder fahren für eine Woche, jeden Tag haben sie etwas vor. Das wichtigste Ereignis – am 25. der Weihnachtsbaum des Präsidenten", sagte sie. Sie fügte hinzu, dass es eine Warteliste von 150 Kindern gibt, deren Reise im Moment organisiert werde.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/elka_moskva.jpg?itok=Wyp8k2a4

Dnr-online.ru: In Donezk, im Kujbyschew-Kulturpalast trat das staatliche Ensemble „Donbass“ mit dem Märchenmusical „Neujahrstumult“ auf. Im Verlauf der Veranstaltung überreichten die Abgeordneten der Staatsduma der RF von der Fraktion der KPRF Kasbek Tajsajew und Wladimir Rodin den Kindern Neujahrsgeschenke.

„Vor einem Jahr wurden in Donezk solche Veranstaltungen in kalten Sälen und unter Kanonendonner durchgeführt. Dennoch haben wir davon geträumt wieder hierher zu kommen und den Kindern der DVR ein weiteres Mal zu gratulieren. Heute hat sich die Situation dank des Engagements der Einwohner zum Besseren geändert. In Russland weiß man sehr gut, welche große Arbeit Alexandr Sachartschenko zum Wohl der Republik durchführt“, sagte Kasbek Tajsajew.

Während des Arbeitsbesuchs in Städten der DVR und der LVR überreichten die Abgeordneten 1300 Geschenke. Neujahrssüßigkeiten erhielten Kinder von Milizangehörigen, Flüchtlingen und aus dem sozial ungeschützten Teil der Bevölkerung.

„Im Lauf von anderthalb Jahren haben wir regelmäßig die DVR und die LVR besucht. Wenn man es mit letztem Jahr vergleicht, so waren damals die Kinder traumatisiert und sahen sich die Vorstellung aufmerksam an. Aber heute sind die Kinder buchstäblich mitgerissen von den Rhythmen der Musik“, sagte Wladimir Rodin.

Die Veranstaltung für Kinder besuchte auch der Außenminister der DVR Alexandr Kofman. Er war unmittelbar an der Organisation der Reise der Abgeordneten der Staatsduma in die DVR beteiligt.

De.sputniknews.com: Putin: Stärke russischer Syrien-Haltung in ihrer Aufrichtigkeit und Konsequenz

Die Haltung Russlands in Syrien-Frage kennzeichnet sich nicht nur bloß durch Offenheit, sondern auch durch Konsequenz und Aufrichtigkeit, und dadurch gewinnt sie an Kraft, wie Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Interview des TV-Senders Rossiya 1 sagte. Russlands Staatschef zufolge habe er kurzem mit US-Präsident Barack Obama sowie Freunden in Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern besprochen. „Wir haben zuerst Menschen gefragt, ob das richtig ist oder nicht, ob sie einverstanden sind oder nicht. Zu den meisten Parametern der Regelung (in Syrien) fiel die Antwort positiv.“ Dann habe Russland seine Position auf Komponenten formuliert, die von allen akzeptabel seien, und brauche diese Position nicht mehr zu ändern, sagte der Staatschef....



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30662/22/306622235.jpg>

De.sputniknews.com: Putin: Russland muss Russen in Ostukraine vor Nationalisten in Schutz nehmen

Russland kann laut Präsident Wladimir Putin russische und andere russischsprachige Einwohner der Südostukraine nicht im Stich lassen und muss sie vor Nationalisten in Schutz nehmen.

Auf die Minsker Vereinbarungen und die vom Westen verlängerten Sanktionen gegen Russland eingehend, sagte er. "Allen ist alles schon längst klar, man denkt aber, dass man Russland noch ein bisschen unter Druck setzen sollte, damit es da oder dort nachgibt. Dabei ist es gar nicht unser Anliegen, irgendwo in die Offensive zu gehen oder auf etwas zu bestehen."

"Wir gehen aber nur von einem Punkt aus: Wir können die Menschen, die im Südosten des Landes leben, nicht den Nationalisten zum Fressen hergeben. Es sind nicht nur Russen, sondern die russischsprachige Bevölkerung, die sich auf Russland orientiert. An dieser Position gibt es nichts Übermäßiges", sagte er in einem Interview für den TV-Sender Rossia 1.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30180/94/301809426.jpg>

De.sputniknews.com: Putin: Westen hat immer noch Angst vor Wiederentstehung der UdSSR

In Bezug auf die Ukraine bzw. den postsowjetischen Raum sieht der Westen seine Hauptaufgabe darin, die Bemühungen Russlands wie auch der Ukraine zum Scheitern zu bringen, sich im modernen System der internationalen Arbeitsteilung einen würdigeren Platz zu verschaffen, wie Präsident Wladimir Putin in einem Interview des TV-Senders Rossia 1 sagte.

„Die Haltung unserer westlichen Partner – der europäischen und der US-amerikanischen – hat mit dem Schutz der ukrainischen Interessen nichts gemeinsam, sondern sie zielt darauf ab, ein Wiederentstehen der Sowjetunion zu verhindern“, so Putin weiter. „Niemand will uns glauben, dass wir uns nicht zum Ziel setzen, die Sowjetunion wiederherzustellen.“

„Selbst die hypothetische Möglichkeit eines Zusammenschlusses der Bemühungen im Rahmen der gegenwärtigen – und das will ich betonen — in erster Linie wirtschaftlichen Integrationsprozesse (...), welche sowohl Russland als auch der Ukraine die Möglichkeit bieten würden, in der globalen Weltwirtschaft konkurrenzfähiger zu werden und im heutigen System der internationalen Arbeitsteilung einen würdigeren Platz einzunehmen, lässt unsere Partner nicht ruhig schlafen“, so Putin. „Wie ich denke, besteht ihre Hauptaufgabe darin, einen solchen Zusammenschluss der Bemühungen zu verhindern.“

„Es ist ja kein Geheimnis, dass alles unternommen wurde, um die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Russland, Kasachstan und Weißrussland sowie die Bildung einer Zollunion zu verhindern“, so der russische Präsident weiter. Bis jetzt wollte man nicht mit der Eurasischen Wirtschaftsunion wie mit einem vollwertigen Teilnehmer des internationalen Lebens sprechen. Aus irgendeinem Grund sei es erlaubt, die Europäische Union zu gründen, während die Bildung einer Eurasischen Union nicht gestattet sei. „Mir scheint aber, dass unsere Partner dennoch zu der Einsicht gelangen, dass dies eine destruktive Position ist.“

Nach Ansicht des russischen Präsidenten sehen viele Partner im Westen inzwischen ein, dass es ein Fehler war, den Staatsstreich in der Ukraine zu unterstützen. Sie wollen es bloß nicht zugeben.

„Die Korruption, die geringe Finanzierung des Rechtsschutz- und des Gerichtssystems – all das ist viel schlechter als bei uns“, äußerte Putin. „Wir können uns gar nicht vorstellen, wie das Volk dort über die Arroganz der Beamten verärgert war. Natürlich war es dort leicht, dies auszunutzen. Am besten lässt es sich mit Hilfe eines Staatsstreichs machen.“

„Ist aber dadurch etwas besser geworden? Die Macht ist in den Händen der Oligarchen geblieben. Das Land wurde auf eine äußere Verwaltung umgestellt, zentrale Verwaltungsposten wurden mit Personen aus Nachbarländern und von Übersee besetzt. Das Lebensniveau des Volkes sinkt katastrophal, das BIP des Landes ist radikal geschrumpft.“

„Eine totale Deindustrialisierung der Ukraine ist im Gange“, betonte der russische Staatschef. „Was hat man aber im Austausch dafür bekommen? Wahrscheinlich wird man die Visumpflicht mit Europa abschaffen. Vielleicht ja, vielleicht nein. Das ist aber doch keine Arbeitserlaubnis (...)

„Ist dies aber ein Schicksal und eine Zukunft für ein derart hervorragendes Land mit einem derart wunderbaren Volk wie die Ukraine und die Ukrainer? Natürlich nicht. Die Ukraine hat alle Möglichkeiten, ein hochindustrielles Land mit einem hohen Entwicklungsstand von HiTech-Wirtschaftszweigen zu werden. Raketenbau, Weltraumforschung, Flugzeug- und Schiffsbau, Mikroelektronik, Entwicklung von Forschung und Bildung – wo ist das alles geblieben? Ein Verfall ist im Gange.“

„Niemand habe dabei vor, die Ukraine zu unterhalten, fügte Putin hinzu. Man glaubt nicht an die Zahlungsfähigkeit und eine Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft. Die Finanzbürde für die begangenen politischen Fehler wälzen die USA auf den IWF und damit auf alle Mitglieder dieser internationalen Organisation ab.“

„Ich denke aber, dass die Einsicht, dass man im Rahmen zivilisierter Regeln handeln muss und diese nicht ignorieren darf, langsam allen kommen muss“, so der russische Präsident. „Vielleicht geschieht es auch bereits jetzt.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30238/10/302381045.jpg>

Novorosinform.org: Der Koordinator der zivilen Blockade der Krim Lenur Islyamov kündigte die Schaffung eines Krim-Tataren Bataillons an, das in die ukrainische Armee eingeliert werden soll, schreibt das ukrainische Portal korrespondent.net.

In einem Radiosender erklärte er auch, warum die Blockierer die Einschaltung einer Stromleitung zur Krim erlaubt haben.

"Wir wollen nicht, dass sich die internationale Gemeinschaft von der Ukraine abwendet. Deshalb haben wir eine einzige Leitung angeschlossen, wir wollen, dass alles legal abläuft", sagte Islyamov.

Zuvor hatte der Vertreter des Präsidenten der Ukraine für die Angelegenheiten der Krim-Tataren, der Rada-Abgeordnete Mustafa Cemil die Absicht verkündet, eine militärische Einheit in der Region Cherson an der Grenze zu der Krim aufzustellen.

De.sputniknews.com: Politischer Dialog auf Ukrainisch: Abgeordneter von Rayonrat beißt Asow-Chef Ohr ab

In der ukrainischen Stadt Cherson ist es zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen einem Abgeordneten von der Opposition eines Rayonsowjets und dem Chef des Verbandes der Bürgerwehr „Asow“, Vadim Krawtschenko, gekommen. Wie der ukrainische TV-Sender TSN meldet, hat der Abgeordnete Krawtschenko dabei ein Stück von einem Ohr abgebissen.

Zu der Auseinandersetzung sei es gekommen, nachdem Krawtschenko behauptet hatte, der Ausschuss für Volkskontrolle, den der Abgeordnete Alexander Wlassow leitet, rufe Menschen gegen Geld zusammen, um eine Sitzung des Stadtrates zu torpedieren. Nach dem Redestreit sei es zu Handgreiflichkeit gekommen.

Krawtschenko zufolge hat Wlassow versucht, „schmutzige“ Kampfmethoden anzuwenden. So soll Wlassow unter anderem versucht haben, dem Asow-Chef ein Auge auszudrücken. Das sei ihm nicht gelungen, dafür habe der Abgeordnete dem Asow-Chef jedoch einen Teil eines Ohres abgebissen. Krawtschenko befindet sich jetzt in einem Krankenhaus.

Der Verband Asow wurde auf der Basis des nationalistischen Freiwilligen-Bataillons Asow gebildet. Dieses wurde wie auch die ukrainischen nationalistischen Freiwilligen-Bataillone „Aidar“, „Donbass“, „Dnepr-1“ und „Dnepr-2“, von dem Oligarchen und Ex-Gouverneur des südostukrainischen Gebietes Dnepropetrowsk Igor Kolomoiski finanziert.

De.sputniknews.com: Kreml: Destabilisierung in Syrien begann ähnlich wie in Ukraine
Zur Destabilisierung der Lage im Nahen Osten und in Nordafrika sind dem Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, zufolge ähnliche Technologien wie vor zwei Jahren

in der Ukraine zur Anwendung gekommen.

In dem von Saida Medwedewa gedrehten Dokumentarfilm „Die Weltordnung“ sagte Peskow: „Das sind eine Art Hochtechnologien zum Provozieren von Massen zu einem gewaltsamen Wechsel der Staatsordnung.“

Es handle sich dabei um das Aufzwingen eines Systems, das als Demokratie positioniert werde, betonte der Kreml-Sprecher.

De.sputniknews.com: Das Flugzeug des syrischen Präsidenten Baschar Assad, der einen Iran-Besuch plant, soll von vier russischen Jagdflugzeugen begleitet werden, wie die Nachrichtenagentur Fars News unter Berufung auf die iranische Zeitung Al-Diyar meldet. „Das Luftwaffenkommando der US-geführten internationalen Koalition ist davor gewarnt worden, sich dem Flugzeug von Baschar Assad anzunähern, um einen Zusammenstoß zu vermeiden“, schreibt Al-Diyar. Nach ihren Angaben soll die Flugroute des syrischen Präsidenten über den Irak verlaufen.

Wie Fars berichtet, wird der syrische Staatschef voraussichtlich Ende Dezember oder Anfang Januar Teheran besuchen.